61. Jahrgang No. 54

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe

Sonnabend, 1. Februar 1913

Die große Militärvorlage.

„Keiner Tisch auf lange Zeit".

Die neue umfangreiche Militärvorlage, die bis zur übernächsten Woche an das Reichsschatzamt und alsbald an den Bundesrat zur voraussichtlich sehr schnellen Entscheidung gehen wird, sieht, wie — der „Mil.-pol. Korrespondenz" zufolge — in Bundesratskreisen verlautet, unter anderem auch grundsätzliche Aenderungen in unserer Wehrordnung vor, die eine völlige Umwälzung auf dem Gebiete der Ausbildung bei allen Truppenteilen mit zweijähriger Dienstzeit bedeuten sollen.

„Der gleiche Plan eines sehr weitgehenden Ausbaues unserer Wehrkraft bestand bereits, so lesen wir in der „Mil. pol. Korr.", für die im Juni 1912 vom Reichstag angenommene Heeresvorlage, ist aber damals an der Kostenfrage gescheitert, die diesmal

hundert Millionen weit übersteigen

wird, und über die mit dem früheren Reichsschatzsekretär Wermuth keine genügend zeitige Einigung erzielt werden konnte. Da der Kanzler sich erst sehr spät entschloß, sich von dem „starken Manne" seines Kabinetts zu trennen, ist General v. Heeringen gezwungen gewesen, erhebliche Teile der damals schon vom Großen Generalstabe und von den kommandierenden Generälen für notwendig erachteten Forderungen zurückzustellen. Jetzt halten auch Herr v. Bethmann und das Auswärtige Amt einen weiteren Aufschub für nicht länger möglich und mit der „Verschiebung auf dem europäischen Schachbrett" (!) für vereinbar. Alle maßgebenden Stellen sind seit etwa drei Monaten einig, militärischen reinen Tisch auf lange Zeit hinaus machen zu müssen.

Trotzdem nach dem Gange der Ereignisse den Herrn Kriegsminister keinerlei Vorwurf treffen kann, die Interessen der Landesverteidigung nicht nach Möglichkeit gewahrt zu haben, wird er die neue Vorlage nicht mehr vor dem Reichstag vertreten. Der grüne Tisch und der parlamentarische Kampf sind auch, nach seiner eigenen Erklärung an den Kaiser, niemals seine Neigung gewesen. Als Kommandierender des II. Armeekorps in Stettin erlebte er „seine glücklichste Zeit als Soldat".

*

Die Zeit der offiziösen Ableugnungen scheint allerdings in Sachen der Militärvorlage vorüber zu sein. Man hat jetzt den Mut gefunden, aufs Ganze zu gehen. Hundert Millionen Mark neuer Steuern sind kinderleicht aufgebracht, wenn nur die Agrarier geschont werden. Ihre Steuerscheu und die Rücksicht auf diese ihre größte nationale Tugend werden schon dafür sorgen, daß wieder nur das nichtagrarische Volk zur Darbringung neuer Opfer herangezogen wird.

Weitere Ausdehnung der Tarifbewegung im Baugewerbe.

Das Schlachtfeld wird immer größer.

Das Bestreben der kartellierten baugewerblichen Arbeitgeberverbände, gleichzeitig mit dem Ablauf des Tarifvertrages im eigentlichen Baugewerbe am 31. März d. J. die Tarifverträge in möglichst vielen baugewerblichen Nebenberufen zum Ablauf zu bringen, hat dazu geführt, daß jetzt auch der

Tarifvertrag für das Bauklempnergewerbe

Groß-Berlins zum 31. März d. J. von den Arbeitgebern gekündigt worden ist. Der Deutsche Metallarbeiterverband hatte von einer Kündigung Abstand genommen, er wollte den Tarifvertrag ohne jede Aenderung auf ein Jahr verlängern. Das lehnte der Arbeitgeberverband ab unter deutlichem Hinweis auf seine Verbindung mit den übrigen baugewerblichen Arbeitgebern im Kartell der baugewerblichen Arbeitgeberverbände Groß-Berlins. Der Deutsche Metallarbeiterverband bemühte sich nun, eine kampflose Verlängerung des Tarifvertrages bis zum 31. März 1916 zu erzielen. Der Berliner Bevollmächtigte des Metallarbeiterverbandes erklärte den Arbeitgebern, die Arbeiter würden sich bei einer solchen Verlängerung mit einer Erhöhung des Stundenlohnes um einen Pfennig in jedem Jahre, also um drei Pfennig während der Vertragsdauer begnügen. Der Arbeitgeberverband bot aber nur einen Pfennig für die ganze Vertragsdauer, und da die Arbeiter dies ablehnten, kündigte er jetzt den Tarifvertrag.

Auch im Rohrlegergewerbe

Groß-Berlins läuft der mit dem „Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverband" abgeschlossene Tarifvertrag am 31. März d. J. ab. Bisher ist es zu eigentlichen Tarifverhandlungen noch nicht gekommen, und die Arbeitnehmer sehen in diesem langsamen Tempo die Absicht des Arbeitgeberverbandes, seine Stellungnahme zu ihren Forderungen abhängig zu machen von der Entwicklung der Verhandlungen im eigentlichen Baugewerbe. Da die Einigung im Streik der Fliesenleger gescheitert ist und die Dachdecker nach dem letzten Streik tariflos arbeiten, wird auch die Regelung der Arbeitsbedingungen in diesen beiden Berufen von dem Ausgang der Verhandlungen im Baugewerbe abhängen.

So haben die baugewerblichen Arbeitgeberverbände beinahe vollständig das Ziel erreicht, das sie sich schon seit Jahren gesteckt haben: Scheitern die Verhandlungen im Baugewerbe, so werden fast alle baugewerblichen Nebenberufe in den Kampf mit hineingezogen. Die Lage der Arbeitgeber ist durch diese einheitliche Kampffront günstiger geworden, als sie bei früheren Tarifbewegungen war. Wenn die Arbeitgeber des Baugewerbes zur Aussperrung schreiten, so haben die Arbeitgeber der mit dem Baugewerbe zusammenhängenden Berufe kein Interesse daran, durch Zugeständnisse bei der Vereinbarung der neuen Tarife den Frieden in ihrer Branche zu sichern. Sie brauchen einen Streik nicht zu fürchten, weil durch die Arbeitseinstellung im Baugewerbe ja ohnehin für sie keine Arbeitsgelegenheit vorhanden ist. Andererseits rechnen die Arbeitgeberverbände damit, daß durch die Hereinziehung möglichst vieler Gewerkschaften in den Kampf es leichter möglich wird, die Gewerkschaftskassen zu erschöpfen, weil dabei eine Gewerkschaft nicht mehr auf die finanzielle Unterstützung der anderen rechnen kann.

Wenn also die am 3. Februar wieder beginnenden Verhandlungen im Holzgewerbe endgültig scheitern sollten, dann folgt der Kampf zunächst im Maler- und im Baugewerbe, und er schwillt lawinenartig weiter durch die Hereinziehung aller baugewerblichen Nebenberufe zu einem in Deutschland noch nicht gesehenen wirtschaftlichen Riesenkampf. Diese sichere Aussicht kennzeichnet das Maß der Verantwortung, das die Vertragsparteien der drei großen baugewerblichen Berufe bei den jetzigen Tarifverhandlungen tragen.

Kurze Chronik.

* Der frühere deutsche Botschafter in Washington Theodor v. Holleben ist im 73. Lebensjahre gestern abend gestorben.

* Das Fahrpersonal der Hamburger Hochbahn ist heute morgen wegen nicht erfüllter Lohnforderungen in den Ausstand getreten. Der Betrieb wird mit Hilfe des Aufsichtspersonals nach Möglichkeit aufrechterhalten.

Der Ausstand auf den Putilowwerken in Petersburg ist beendet.

* Näheres im Text des Blattes.

Die innere Krisis.

Die politischen Abenteurer am Werke.

Es sind mächtige Kräfte am Werk, um eine innere Krisis in Deutschland herbeizuführen. Wer diese Tatsache bisher noch nicht wahr haben wollte, der wurde eines besseren belehrt durch die gestrige Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses, die die eigenartige Situation blitzhell beleuchtete.

Beim Etat des Ministeriums des Innern entwickelte sich eine Debatte, die zweierlei ergab: erstens einen formidablen Vorstoß der Konservativen gegen den Staatssekretär Delbrück und gleichzeitig gegen die deutschen Bundesstaaten, die sich erlauben, innerhalb ihrer Grenzen ein vernünftiges Wahlrecht einzuführen; und zweitens eine scharfe Auseinandersetzung zwischen den Konservativen und dem Zentrum und somit eine Lockerung des schwarz-blauen Blocks. Beide Momente sind wohl geeignet, die innere Lage aufs äußerste zu verwirren und sie der Krisis zuzutreiben, die sowohl von der Rechten wie vom Zentrum — in diesem Falle sind sie wieder hold vereint! — gewünscht wird.

Das Zentrum wünscht offenbar

die Reichstagsauflösung,

und es scheint sich zu diesem Zweck darauf vorzubereiten, die bevorstehende Militärvorlage abzulehnen. Der Weckruf der „Germania", die dem „deutschen Volke" zurief „An die Gewehre!" und die frank heraus erklärte, das Zentrum habe keine Angst und Sorge vor einer Reichstagsauflösung, spricht nach dieser Richtung hin Bände. Die Partei der Gröber und Erzberger hofft offenbar, bei einer Neuwahl gute Geschäfte machen zu können nach der Richtung hin, daß die Sozialdemokratie geschwächt, die Rechte aber gestärkt wird, so daß das Zentrum alsdann sowohl eine Mehrheit mit der äußersten Linken wie mit der Rechten bilden kann, was heute hinsichtlich des zweiten Punktes nicht der Fall ist. Auch am Reichskanzler will sich das Zentrum rächen, da er in der Jesuitenfrage die „katholische Volksseele" zum Kochen gebracht hat. Seine Pläne bereitete das Zentrum in systematischer Weise vor, indem es im Bunde mit der Sozialdemokratie der Regierung in den letzten Zeiten einige schmerzliche Stiche zusagte: Es lehnte die Ostmarkenzulage in der Kommission ab; es sucht das Petroleumgesetz zu Fall zu bringen, es verschaffte dem Herrn Reichskanzler bei der Polen-Interpellation das erste Mißtrauensvotum; und es wird weiterhin dafür sorgen, daß die Regierung vielleicht in der Duellfrage und dann bei der Jesuitenangelegenheit eine ziffernmäßige Niederlage davonträgt. Die Verwerfung der Militärvorlage dürfte dann die letzte große Maßregel zur Erreichung des erwähnten Zieles sein. Bei allen diesen Machinationen bedient sich das Zentrum der Sozialdemokratie, und Herr Marx war ordentlich großzügig gestern im Abgeordnetenhause, als er die Sozialdemokratie eine geistige Bewegung nannte und vor der Politik der rohen Gewalt warnte. Es klingt wie Sehnsucht nach den Fürstengräbern in Speyer; die Sozialdemokratie soll hier offenbar vom Zentrum nur als Mittel zum Zweck gebraucht und nach Erreichung der gewünschten parlamentarischen Vormachtstellung in den Orkus zurückgeworfen werden.

Auf Seiten der Konservativen und eines Teils der Regierung, von dem man wohl annehmen darf, daß er die konservative Aktion mindestens mit äußerst wohlwollender Neutralität verfolgt, ist die Linksentwicklung des Zentrums mit wachsendem Unbehagen empfunden worden. Es ist für diese Herren ein unerträglicher Gedanke, daß die konservativen Parteien bei wichtigen Entscheidungen im Reichstage ausgeschaltet sind und daß das Zentrum sich nicht geniert, in Zusammenstimmung mit der Sozialdemokratie der Regierung hier und da ein Bein zu stellen. Diesem Zustand möchte man ein Ende bereiten, und so forziert man auch von dieser Seite her die Auflösung des Reichstages mit seinen 110 Sozialdemokraten. Da man aber eine Schwächung der Sozialdemokratie bei etwaigen Neuwahlen nur erwarten kann, wenn das Bürgertum

in Angst und Schrecken versetzt

wird, so malt man das rote Gespenst in übertriebener Weise an die Wand.

Die Konservativen als Ministerstürzer — die preußische Landstube als Oberinstanz über Reichstag und Reichsverwaltung und über die Bundesstaaten, die sich erlauben, nicht nach der preußischen Pfeife zu tanzen! Ein Zustand von geradezu staatsgefährdender Art! Und kein Staatsmann da, der mit einem Schwertstreich die Machinationen der kleinen, aber mächtigen Partei Preußens durchschlagen könnte!

Zentrum und Großjunkertum gehören innerlich zusammen, sie werden sich auch wiederfinden, wenn der taktische Zweck erreicht ist, den das Zentrum augenblicklich verfolgt. Der Liberalismus aber sollte sich stets vor Augen halten, daß die Aktion sowohl des Zentrums wie der Konservativen am letzten Ende dahin zielt, den Liberalismus zu schwächen. Erst wenn das bürgerliche Gewissen parlamentarisch nicht mehr mitspricht, kann aus den Trümmern der gewaltsam niedergeschlagenen Sozialdemokratie die konservativ-klerikale Herrschaft für alle Zeiten aufgebaut werden — zum Segen des preußischen und des deutschen Volkes.

Teure Reisen, teure Umzüge.

Wie das Geld der Steuerzahler verbraucht wird.

Unter den Ausgaben, die das Deutsche Reich im Jahre 1910 zu bestreiten hatte, sind die Kosten für Reisen und Umzüge von Militärpersonen und Beamten wiederum sehr groß gewesen; so groß, daß die Rechnungskommission des Reichstags, die zunächst ihren Bericht über die Prüfung dieser Ausgaben erstattet hat, sich nicht enthalten konnte, dazu einige, wenn auch nur bescheidene Bemerkungen zu machen.

Der Militärverwaltung war im Haushalt für 1910 die Kleinigkeit von 5 400 000 Mark für die erwähnten Zwecke zur Verfügung gestellt. Dieses Sümmchen hat aber der Militärverwaltung nicht genügt; sie hat darüber hinaus noch 633 287 Mark verbraucht. Der Rechnungskommission des Reichstages erschien das ein Bißchen „happig" und sie fragte die Militärverwaltung, ob Zahl und Zweck der Dienstreisen im Kriegsministerium überwacht würden. Darauf hat die Kommission den Bescheid erhalten, daß eine solche Ueberwachung nicht erforderlich sei. Die Dienstordnung der Militärpersonen schriebe, auch für die Inhaber der höchsten Stellen, genau vor, welche Dienstreisen statthaft seien. Abweichungen davon würden nur in ganz besonderen Fällen vom Kriegsministerium genehmigt. Von den Intendanturen sowie vom Rechnungshof des deutsches Reiches würden die Rechnungen peinlich geprüft. Danach könne man sich versichert halten, daß das Geld nur für statthafte Reisen ausgegeben worden sei.

Dabei hat sich die Kommission beruhigt. Erwägungen darüber, ob die statthaften Reisen auch notwendige Reisen gewesen seien, hat sie nicht angestellt, denn alsdann würde sie wahrscheinlich zur Antwort erhalten haben, daß dies nicht ihres Amtes sei. So hat sie sich denn mit einer gewissen wehmütigen Entsagung beschieden. Ebenso hat sie es bei den Umzugsgebührnissen gehalten, die das Auswärtige Amt im Jahre 1910 verbraucht hat. Zur Verfügung standen dem Auswärtigen Amte dafür 431 000 Mark. Verbraucht worden sind aber 558 718 Mark, das sind fast 30 aufs Hundert mehr. Auch darüber sind den Kommissionsmitgliedern ein wenig die Augen übergegangen und sie haben eine genaue Nachweisung der einzelnen Umzüge begehrt. Diese ist ihnen in einer Ausführlichkeit geworden, daß der Kommissionsbericht darauf besonders hinweist, indem er sagt, die Nachweisung sei „sehr umfangreich."

Danach sind die 558,718 Mark für 132 Umzüge ausgegeben worden, so daß die Kosten jedes Umzuges sich durchschnittlich auf rund 4230 Mark stellen. Das ist ein bißchen „reichlich". Weit unter diesem Durchschnitt blieben die Kosten für den Umzug eines Legationskanzlisten, der von Santiago nach Rio de Janeiro eine ganz hübsche Ecke — wie der Berliner sagt — versetzt wurde. Dieser Umzug hat den ungeheuren Betrag von 84 Mark 14 Pfennig verschlungen. Wie der Kanzlist es angestellt hat, für dieses Geld sich und seine Sachen von Santiago nach Rio de Janeiro zu bringen, wird dieser „Schleierhaft" sein. Vielleicht hat ihn ein Luftballon gratis und franko mitgenommen.

Das Gegenstück zu diesem Kanzlistenumzug bildet der Umzug eines vortragenden Rats, der aus dem Auswärtigen Amt in Berlin nach Santiago versetzt wurde. Dieser Umzug ist dem Deutschen Reich auf

21 557 Mark

zu stehen gekommen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger? Ohne Zweifel, dieser Rat ist teuer! Hoffentlich ist er auch gut. Für 10 000 Mark kann man eine hübsche Reise um die Welt machen. 21 557 Mark für den Umzug eines vortragenden Rates, an einen solchen Satz muß man sich erst gewöhnen. Anziehend wäre es, festzustellen, ob der betreffende Rat sich noch in Santiago befindet oder inzwischen nicht schon nach einer anderen Weltgegend, weil ihm in Santiago das Klima nicht zusagte, oder weil er in die dortige Umgebung sich nicht finden konnte, oder weil irgend ein anderer Grund vorlag, versetzt worden ist.

Und was hat die Rechnungskommission des Reichstags zu diesen Umzugsgebührnissen gesagt? Ob die Rechnung richtig ist, hat der Rechnungshof des Deutschen Reiches zu prüfen. Ob der Umzug zweckentsprechend war, das zu beurteilen gehört zur Zuständigkeit des Auswärtigen Amtes. Mithin haben wir dazu nichts weiter zu sagen. Aber das erforderliche Geld muß der Reichstag bewilligen. Ueber das Verbrauchen braucht er sich den Kopf nicht zu zerbrechen.

Botschafter a. D. v. Holleben †. Der frühere deutsche Botschafter a. D. Theodor v. Holleben ist gestern abend in Charlottenburg im 73. Lebensjahre gestorben. Der aus dem Gardehusarenregiment, bei dem er den Feldzug 1870/71 mitmachte, hervorgegangene Diplomat hat den größten Teil seiner Dienstzeit in Amerika verbracht. Von 1878 bis 1885 war er Ministerresident in Buenos-Aires, in welcher Stellung er sich namentlich für die deutschen Ansiedler interessierte. Nachdem er deutscher Gesandter in Tokio und kurze Zeit in Washington und Stuttgart gewirkt hatte, zog er 1897 als deutscher Botschafter